

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Aktionstag gegen Menschenhandel

Anlässlich des neunten nationalen Aktionstags gegen Menschenhandel hat die Oberste Richterin Sus-hila Karki Anfang September schärfere Gesetze zur Eindämmung des Menschenhandels gefordert. Die existierenden Verordnungen müssten durch strengere Strafen ergänzt und von massiven Aufklärungskampagnen begleitet werden, erklärte Karki in Kathmandu. Die Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Frauen, Kinder, ältere Bürger und soziale Wohlfahrt, Ranju Kumari Jharief, rief alle gesellschaftlichen Kräfte zur Zusammenarbeit gegen den Menschenhandel auf. Sie betonte, vor allem in den ländlichen Gebieten sei Bewusstseins- und Aufklärungsarbeit dringend erforderlich. Insgesamt waren 15 Organisationen aus dem Sozialbereich mit Veranstaltungen an der Gestaltung des Aktionstags beteiligt. Aus einem aktuellen Bericht der nationalen Menschenrechtskommission (NHRC) geht hervor, dass allein im Jahr 2015 etwa 10.000 Personen in Nepal Opfer von Menschenhandel wurden. Infolge des Erdbebens hat sich nach Angaben der NHRC die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle um 15 Prozent erhöht, die Dunkelziffer sei sehr hoch.

Entschädigung der Erdbebenopfer

Die Entschädigung der Erdbebenopfer geht nach wie vor nur schleppend voran. Anfang September hatten 288.960 Haushalte eine erste staatliche Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 Rupien erhalten. Die Regierung hat angekündigt, den für den Wiederaufbau zerstörter Häuser zugesagten Betrag von zwei Lakh (200.000) Rupien (circa 1700 Euro) auf drei Lakh Rupien zu erhöhen. Vor seiner Ernennung hatte der kürzlich ins Amt gekommene Ministerpräsident Dahal fünf Lakh Rupien zugesagt. Jetzt erklärte er dazu: „Trotz der Mittelknappheit erhöhen wir den Hilfsbetrag für Erdbebenopfer um einen Lakh. Außerdem planen wir die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für die betroffenen Familien.“ Damit diese Zusagen erfüllt werden können, sind nach Schätzungen von Experten circa 80 Milliarden Rupien zusätzlich für den Wiederaufbau der Häuser erforderlich. Bisher wurden von Gutachtern der staatlichen Behörde für Wiederaufbau 531.937 Haushalte in den elf besonders schwer betroffenen Distrikten ermit-

telt. Es wird allerdings damit gerechnet, dass die Zahl der hilfsbedürftigen Haushalte bei insgesamt circa 800.000 liegt, da die Schäden in 17 weiteren, geringer betroffenen Distrikten bisher nicht erfasst wurden.

Beschwerden von Erdbebenopfern

In Kavre, einem besonders schwer vom Erdbeben betroffenen Distrikt, haben 21.436 Erdbebenopfer Beschwerde bei den Distriktbehörden eingereicht. Sie erhielten bislang (Anfang September) keine Möglichkeit, die Vereinbarung über die erste Abschlagszahlung der zugesagten Hilfgelder für den Wiederaufbau ihrer Häuser zu unterzeichnen. Viele Beschwerden beziehen sich darauf, dass ihre Namen nicht in den offiziellen Listen des Büros der Behörde für nationalen Wiederaufbau verzeichnet sind, erklärte der Leitende Ingenieur Hom Nath Poudel. „Es gibt unterschiedliche Arten von Beschwerden. Viele beklagen sich, dass ihre Namen nicht in den Opferlisten aufgeführt sind, andere, dass ihre Namen falsch geschrieben wurden.“ Beschwerden kamen aus 72 Dorfgemeinden (*Village Development Committee*, VDCs) und fünf Städten. Bisher, das heisst fast eineinhalb Jahre nach dem Erdbeben, wurden im Kavre Distrikt Vereinbarungen mit 48.351 Erdbebenopfern unterzeichnet; 19.537 von ihnen erhielten die erste Abschlagszahlung über 50.000 Rupien. Auch das Fehlen von Landtiteln stellt mancherorts ein Hindernis für die Auszahlung der Hilfgelder dar.

Reform der Übergangsjustiz angemahnt

Die Kommission zur Untersuchung von erzwungenem Verschwindenlassen (*Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons*, CIEDP) hat dringend Gesetzesänderungen und effektivere logistische Unterstützung angemahnt, damit der Transitional Justice Prozess beschleunigt werden kann. In einem Treffen mit Ministerpräsident Dahal mahnten Ausschussmitglieder erneut die Notwendigkeit an, umgehend sämtliche Akte von „Verschwindenlassen“ zu Straftaten zu erklären und die Verordnung des *Enforced Disappearances Enquiry, Truth and Reconciliation Commission Act* entsprechend zu reformieren. Dem Ausschuss liegen bisher 2800 Beschwerden von betroffenen Familien

vor. Diese Fälle wurden in einem ersten Durchgang gesichtet und sollen ab Mitte Oktober im Detail untersucht werden. Die Regierung hat bisher dem bereits vor zwei Jahren verhängten Urteil des Obersten Gerichts keine Folge geleistet, wonach die Verordnung internationalen gesetzlichen Standards und Transitional Justice Prinzipien anzupassen ist. Außerdem benötigt die Kommission ein Gesetz, das „Verschwindenlassen“ kriminalisiert, damit ermittelte Täter überhaupt verurteilt werden können. Der CIEDP Vorsitzende Lokendra Mallick wies in dem Treffen außerdem auf die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommission hin, die zwar 130 Millionen Rupien erhalten habe, doch 300 Millionen für ihre Arbeit benötige.

29 Distrikte als „vollständig lese- und schreibkundig“ erklärt

Das nationale Erwachsenenbildungszentrum (*Non-formal Education Centre*, NFEC) hat 29 Distrikte als „vollständig lese- und schreibkundig“ erklärt. Die

staatliche Vorgabe, im Rahmen der Kampagne „Bildung für alle“ bis zum Jahresende 2015 sämtliche 75 Distrikte vollständig lese- und schreibkundig zu machen, konnte aus verschiedenen Gründen jedoch nicht erreicht werden. Diwakar Dhungel, Leiter des NFEC, nannte als Gründe die Erdbebenkatastrophe vom Frühjahr 2015 und Unruhen in zahlreichen Terai-Distrikten und fügte hinzu: „Wir werden daran arbeiten, 30 weitere Distrikte vollständig lese- und schreibkundig zu machen, um so das Ziel zu erreichen, die Analphabeten-Rate im Land auf null zu bringen.“ NFEC beansprucht, 92,5 Prozent der nepalischen Bürger/-innen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren lese- und schreibkundig gemacht zu haben. Aus Zahlen des Zentrums geht hervor, dass es landesweit im letzten Jahr noch etwa 300.000 Analphabet(inn)en gab, und Alphabetisierungsklassen wurden für knapp 146.000 Teilnehmende organisiert. Ende dieses Haushaltsjahres sollen weitere 157.000 Teilnehmende lese- und schreibkundig werden. Dafür hat die Regierung dem NFEC 370 Millionen Rupien zur Verfügung gestellt.

Sechs Jahre Hungerstreiks in Serie

Ende August haben Menschenrechtsaktivist(inn)en am Wohnsitz des Ministerpräsidenten in Baluwatar, Kathmandu, protestiert und die Regierung aufgefordert, das Leben von Ganga Maya Adhikari zu retten. Ganga Maya befand sich seit dem 11. August mit Unterbrechungen erneut im Hungerstreik und wurde aufgrund zunehmender Schwäche ins Bir-Hospital in Kathmandu eingeliefert. Vor sechs Jahren war sie erstmals an der Seite ihres Ehemanns Nanda Prasad in den Hungerstreik getreten. Seither kämpft sie für eine gerichtliche Aufarbeitung des Mordes an ihrem Sohn Krishna Prasad, der 2004 von maoistischen Kadern entführt und später getötet worden war. Nanda Prasad selbst ist 2014 beim anhaltenden Kampf um Gerechtigkeit im Hungerstreik verstorben.

Schlepperrouten nach Sri Lanka verlagert

Täglich folgen Dutzende nepalischer Frauen den Verheißungen von Vermittlungsagenturen auf gut bezahlte Arbeit im Ausland und verlassen das Land. Viele von ihnen werden von Menschenhändlern und Schleppern betrogen und enden in oftmals schwierigen Situationen. Da die direkte Ausreise in die Golfstaaten inzwischen schwieriger geworden ist, werden Frauen vermehrt auf Umwegen über Ausweichländer gebracht. So erging es Deepa S. (Name geändert). Ihr war zunächst eine sichere Anstellung



In Kathmandu, Nepal

Bild: Frances Ellen bei flickr.com (CC BY-ND 2.0)

in einem Haushalt in Saudi Arabien in Aussicht gestellt worden. Sie wurde zunächst nach Colombo geschickt und fand sich schließlich in Oman wieder. Nach Ansicht von Beobachtern aus Hilfsorganisationen wird Sri Lanka inzwischen von Menschenhändlern als Zwischenroute benutzt, um Frauen aus Nepal illegal in die Golfstaaten zu verbringen. Dieser Verdacht war im Juli erhärtet worden, als die nepalischen Behörden davon erfuhren, dass 22 nepalische Frauen in Colombo gestrandet waren. In der ersten Augustwoche sind nach Angaben des nepalischen Außenministeriums 19 Frauen aus Sri Lanka zurückgeführt worden.

Geldüberweisungen von Migranten wieder gestiegen

Die Geldüberweisungen von Arbeitsmigrant(inn)en nach Nepal sind nach Angaben der nepalischen Zentralbank NRB (*Nepal Rastra Bank*) im Haushaltsjahr 2015–2016 durchschnittlich um 7,7 Prozent auf 665 Milliarden Rupien gestiegen. Allerdings war die Wachstumsrate damit viel geringer als im Vorjahr (13,6 Prozent), weil die Zahl der Arbeitsmigranten, die das Land verließen, im Vergleich um 18,4 Prozent gesunken war. Dies wird von der NRB vor allem damit in Verbindung gebracht, dass Malaysia im Februar 2016 einen Einreisestopp für nepalische Arbeitsmigranten verhängt und zahlreiche Arbeiter nach Hause geschickt hatte, sodass die Anzahl der dorthin neu ausreisenden Nepali von 202.828 im Vorjahr auf 60.979 sank. Außerdem sind auch die Zahlen der Ausreise in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Bahrain, Afghanistan, Israel und in den Libanon rückläufig. Die Geldüberweisungen machen inzwischen nach Angaben der NRB 29,6 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Sie sind neben der Landwirtschaft und dem Tourismus eine wichtige Einnahmequelle für viele Familien und ein Grund dafür, dass in den letzten Jahren die ländliche Armut gesunken ist.

Liste der Verschwundenen

Anlässlich des Internationalen Tags der Verschwundenen 2016 hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) eine aktualisierte Liste von während des zehnjährigen bewaffneten Maoistenaufstands verschwundenen Personen in Nepal vorgestellt und deren Zahl mit 1334 beziffert. Diese Liste wird seit 2007 geführt und jedes Jahr aktualisiert. Bis heute wurden von der Kommission 2870 Anzeigen über verschwundene Personen registriert.

Anzahl der kommunalen Körperschaften umstritten

Obwohl die Regierungsparteien einschließlich der *Nepali Congress*-Partei empfehlen, die Anzahl kommunaler Körperschaften in Zukunft auf über 1000 zu erhöhen, vertritt die mit der Restrukturierung lokaler Körperschaften beauftragte LBRC (*Local Bodies' Restructuring Commission*) die Auffassung, dass eine so drastische Erhöhung nicht möglich ist. Die LBRC gab ihren Plan bekannt, wonach es landesweit zukünftig 565 lokale Körperschaften geben soll und hat sich damit heftigen Protest der *Madhesi Front* und anderer Parteien eingehandelt. Diese befürchten, dass dadurch weitere Wege und höhere Kosten für Bürger/-innen entstehen, um die dort angebotenen Dienstleistungen wahrzunehmen. Der LBRC Vorsitzende Balananda Paudel sagte, die LBRC hätte die Zahl von 565 auf der Grundlage der verfassungsgemäßen Verantwortlichkeit dieser lokalen Körperschaften festgelegt. Falls die Zahl drastisch erhöht würde, könnten sie ihre vorgesehenen Aufgaben und Pflichten nicht angemessen erfüllen. „Die Verfassung erlaubt uns nicht, die Anzahl der lokalen Körperschaften willkürlich zu erhöhen. Wenn das der Fall wäre, hätte es eine entsprechende Vorgabe gegeben“, führte Paudel weiter aus.

22 Regierungen in 26 Jahren

Nepal hat in den 26 Jahren seit der ersten Volkserhebung zur Wiederherstellung der Demokratie (*Jana Andolon; The People's Movement*) viele politische Unruhen und Regierungswechsel mit insgesamt 22 Regierungen erlebt. Dies war und ist mit erheblichen wirtschaftlichen Kosten für das Land verbunden. 1990 hatten die Menschen große Hoffnungen auf wirtschaftliche und soziale Verbesserungen sowie politische Stabilität. Politische Machtkämpfe, die 1996 im zehnjährigen andauernden bewaffneten Maoistenaufstand kulminierten, wurden im Laufe der Zeit zum größten Hindernis für eine solide Wirtschaftsentwicklung des Landes. Die politischen Eliten haben sich bis heute als weitgehend unfähig erwiesen, kooperativ und im nationalen Interesse zusammenzuarbeiten. Die Gewaltenteilung und andere rechtsstaatliche Prinzipien wurden in diesen Jahren so stark unterminiert, dass es eine neue Generation von Politiker(inne)n bedarf und Jahre dauern wird, um die von den Menschen gewünschte politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität zu erreichen.